

gestützt auf das Votum des arbeitenden Volkes, in den Kampf gegen die Welt-politik ziehen. (Lebhafter Beifall.)

In einer persönlichen Bemerkung erklärt

**Leдебур:** Ich habe nicht gegen Bernstein den Vorwurf erhoben, daß er für die jetzige deutsche Weltpolitik sich erklärt habe. Ich habe einen Satz aus seinem Artikel verlesen und festgestellt, daß darin die prinzipielle Anerkennung der Weltpolitik liegt. Ich habe geschlossen, daß Bernstein einer klügeren Form der Weltpolitik seine Zustimmung geben würde.

Es wird zur Abstimmung geschritten.

**Müller-Kiel** zieht seinen Zusatzantrag zurück. Es liegen vor: die Resolution Singer, dazu das Amendement Kloth und das Amendement Müller; zu diesem wieder ein Amendement Leдебур.

**Kiesel-Berlin** hält es für besser, die komplizierte Abstimmung morgen früh vorzunehmen.

Vorsitzender **Ulrich** widerspricht diesem Antrag: Wir müssen heut einen Abschluß haben. (Sehr richtig!)

**Leдебур** stellt fest, daß der Antrag Müller nicht ein Amendement zur Resolution Singer, sondern eine selbständige Resolution sei und daß Müller sein (Leдебур's) Amendement akzeptiert habe, so daß es in die Resolution Müller mit eingegangen sei.

**Ulrich:** Das erleichtert die Abstimmung.

Der Antrag Kiesel wird abgelehnt.

Bei der Abstimmung wird die Resolution Singer mit den vom Referenten vorgenommenen Änderungen einstimmig angenommen. Das Amendement Kloth wird abgelehnt. Die Resolution Müller wird gegen einige Stimmen angenommen.

Schluß 7<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr.

### Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 19. September. — Vormittags-Sitzung.

9<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Da die Mitglieder der Organisations-Kommission den Wunsch haben, an den Verhandlungen über Verkehrs- und Handelspolitik teilzunehmen, wird zunächst Punkt 11 der Tagesordnung: **Sonstige Anträge** zur Verhandlung gestellt. Zunächst kommen die zur **Presse** gestellten Anträge zur Verhandlung, es sind die Anträge 36—45, 47, 75, 78 und 80. Hiervon werden nur die Anträge 37, 41—44, 47, 75, 78 und 80 genügend unterstützt. Weiter wird folgende genügend unterstützte Resolution von **Scheibe-Hartmannsdorf** und Genossen gestellt:

„In Erwägung, daß durch die ungeheuerliche Ausbeutung des deutschen Volks seitens der Bergwerksbesitzer und ihren Agenten eine für weite Kreise der Bevölkerung nahezu unerträgliche Lage auf dem Kohlenmarkt geschaffen worden ist, spricht der Parteitag die Erwartung aus: a) daß die sozialdemokratischen Abgeordneten diese Angelegenheit zur passenden Zeit im Reichstag bzw. in den Landtagen zur Sprache bringen, b) daß diese Frage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages gesetzt wird, falls die Lage des Kohlenmarktes sich bis dahin nicht gründlich geändert hat, c) daß sich die Parteipresse eingehender als bisher damit beschäftigt und die Frage der Verstaatlichung der Bergwerke näher ventilirt.“

Es wird in die Diskussion der Anträge eingetreten. Den Antrag 37 (Herstellung des „Vorwärts“ in eigener Druckerei) ersucht **Hoffmann-Berlin IV** für erledigt zu erklären, da im Einverständnis mit dem Vorstand eine Regelung im Sinne des Antrags bereits im Gange ist. Der Antrag wird zurückgezogen.

Antrag 41 (Abgabe kleinerer Posten Agitationsbroschüren zu Großpreisen) wird ohne Diskussion abgelehnt.

Den Antrag 42 (betreffs Herausgabe eines politischen Handbuchs) ersucht **Fischer-Berlin** abzulehnen. Der Parteisekretär hat die Mitteilung gemacht, daß die vor einigen Jahren schon beschlossene Herausgabe des Handbuchs demnächst erfolgen werde, es wird selbstverständlich von Zeit zu Zeit Ergänzungen erfahren, die man aber nicht jetzt durch Parteitagsbeschluss festlegen kann, ehe man etwas Bestimmtes vor Augen hat. — Der Antrag wird abgelehnt.

Antrag 43 (Herausgabe einer Anweisung über Vereins- und Versammlungsrecht) wird angenommen.

Antrag 44 (betreffs volkstümlichere Romane für „In Freien Stunden“) wird abgelehnt.

Den Antrag 47, der der Parteipresse untersagt wissen will, Empfehlungen von Unternehmern aufzunehmen, die mit ihren Arbeitern Differenzen haben, begründet

**Hug-Bant:** Der Antrag scheint offene Türen einzurennen; es liegt auch bereits ein Beschluß des Stuttgarter Parteitags vor, aber es bedarf einer Interpretation und diese möchte ich in einem Amendement geben, um manche Streitigkeiten zwischen Gewerkschaften und Parteipresse unmöglich zu machen. Der Antrag ist entstanden, weil wir in der Zeitung des „Norddeutschen Volksblatt“ nicht anerkennen wollten, daß, wenn die Arbeiter einer Werkstat die Arbeit niederlegen, ohne daß die Gewerkschaft es gut heißt, sie die Aufnahme von Inseraten uns untersagen können. In einem Konfektionsgeschäft in Wilhelmshaven legten die Schneider die Arbeit nieder, weil die zugesagte Entlassung eines Zuschneiders nicht erfolgt war, und verlangten von uns, die Aufnahme einer Annonce dieses Geschäfts über Kleiderreste zu verweigern. Derartige Boykotts können die Gewerkschaften, die Partei und auch das Blatt schwer schädigen. Wir ist durch eine Zufallsmehrheit der Auftrag erteilt, den Antrag 47 zu vertreten; ich bitte daher, ihn anzunehmen, aber mit folgendem Zusatz: „Der Streik oder die Sperre muß von den dazu berufenen Organen der Gewerkschaft erklärt oder anerkannt sein.“

**Mollenhuh:** Wir haben in unserem Parteiprogramm einen Satz, in dem wir fordern, daß alle Gesetze, durch die die freie Meinungsäußerung in irgend einer Weise eingeschränkt wird, abgeschafft werden sollen, und darunter befindet sich auch das Preßgesetz. Nun ist es eine ganz eigentümliche Erscheinung, daß fast auf allen Parteitag Anträge auftauchen, die eigentlich ein sozialdemokratisches Preßgesetz herstellen wollen. Jeden Streit an irgend einem Orte scheint man für eine ausreichende Unterlage für solche Anträge zu halten. Selbstverständlich ist es Pflicht der gesammelten Parteipresse, den proletarischen Kampf mit allen nur denkbaren Mitteln zu unterstützen. Aber durch die Annahme solcher Anträge wird man Sachen, von denen man glaubt, daß sie nicht dazu dienen, nicht aus der Welt schaffen. Stickt durchgeführt würde ja ein solcher Antrag in seiner äußersten Konsequenz darauf hinauslaufen, daß ein Parteiblatt gar keine Annoncen aufnehmen darf. (Sehr richtig!) In der Parteipresse finden Sie Anzeigen von großen Waarenhäusern; wer will es kontrollieren, ob in diesem bunten Gewimmel von Waaren nicht ein großer Teil von Waaren vorhanden ist, die in irgend einem Geschäft hergestellt sind, wo gestreift wird und wo Streikbrecher die Hersteller waren. Wenn Sie aber aus den Staats unserer Zeitungen alle Einnahmen aus Annoncen streichen wollten, dann würde ein großer Teil unserer Presse überhaupt nicht mehr existenzfähig sein. Selbstverständlich ist, daß, wenn in einem Orte ein Streik ausbricht, Arbeitsgesuche von den betreffenden Geschäften nicht aufgenommen, und wenn ein Boykott unzweifelhaft vorliegt, die boykottierten Waaren nicht empfohlen werden. Dazu braucht es solcher Anträge nicht. Stellen Sie alle

diese Vorträge zusammen, dann bekommen Sie ein Pressegesetz, umfangreicher als das Reichs-Pressegesetz, und schließlich werden wir noch einen Beschluß fassen müssen, das sozialdemokratische Pressegesetz aufzuheben.

**Hoffmann-Hamburg:** Mich veranlaßt noch ein anderer Grund, gegen den Antrag zu sprechen. Die großen Geschäfte schließen ihre Annoncenverträge mit den Zeitungs-Expeditionen meistens auf einen größeren Zeitraum ab. Wird der Antrag angenommen, so würden große Schwierigkeiten und weitere Streitereien entstehen.

**v. Elm:** Die Ausführungen Mollenbuhr's gegen den Antrag klingen ja recht schön und nett, aber wir sind vorläufig nicht im Stande, unsere idealen Forderungen zu verwirklichen, wir leben in einer Zeit des Kampfes, und die Gegner üben uns gegenüber nicht die Rücksichtnahme, die Mollenbuhr ihnen gegenüber üben will. Den Gegnern fällt es durchaus nicht ein, in ihren Zeitungen Annoncen zu veröffentlichen, in welchen wir bekannt geben, daß eine Sperre verhängt ist. Sie benutzen ihre Presse unter allen Umständen zum Kampfe für den Kapitalismus. Und nun verlangt Mollenbuhr, daß wir uns demgegenüber auf den idealen Standpunkt zurückziehen sollen! Auch die Kontrolle ist nicht so schwer, die Streikleitung könnte ja auch den einzelnen Lokalblättern von dem Streik Mitteilung machen. Wenn gesagt wird, daß die Kontrakte meist auf längere Dauer geschlossen sind, so haben wir es doch beim Abschluß der Kontrakte in der Hand, eine Klausel hineinzubringen, die derartige Fälle vorzieht. Es liegt durchaus kein Grund vor, dem Antrag die Zustimmung zu verweigern, wohl aber liegen recht viele Gründe für den Antrag vor. Ich empfehle Ihnen die Annahme, schon um Differenzen an einzelnen Orten vorzubeugen.

**Hoffmann-Berlin IV:** Ich schließe mich aus praktischen Erfahrungen heraus den Ausführungen Elm's an. Wir haben diese Einrichtung auch beim „Vorwärts“ getroffen und sind dabei ganz gut gefahren. Selbstredend darf man hier nicht verallgemeinern, sondern muß von Fall zu Fall entscheiden. Für die große Masse unserer Parteigenossen wäre es unverständlich, wenn im redaktionellen Teil über eine Lohnfreiheit eine Enttäuschung laut würde und im Annoncentheil eine Anzeige der betreffenden Firma stände. Wir dürfen uns nicht auf den Standpunkt stellen, daß das Geld nicht zählt. Selbstverständlich kann sich der Antrag nur gegen die Firma richten, bei der die Streitigkeiten ausgebrochen sind, wir können aber nicht kontrollieren, wo die betreffenden Waaren angefertigt sind. Auch damit, daß bei Annoncen-Kontrakten eine Klausel für derartige Fälle aufgenommen wird, bin ich einverstanden. Wir dürfen die im Kampf stehenden Arbeiter nicht schädigen. Davon, daß wir durch diesen Antrag ein neues Pressegesetz schaffen, kann doch keine Rede sein. Wir haben keine Ursache, rücksichtsvoller zu sein als unsere Gegner. Ich bitte Sie, den Antrag anzunehmen.

**Mollenbuhr:** Elm hat meine Ausführungen wohl nicht angehört, sondern sich von Jemand erzählen lassen, ich hätte behauptet, wir denken gar nicht an Kampf. (Widerspruch.) Wer ihm das erzählt hat, der hat ihm einen gehörigen Wären aufgebunden, denn ich habe kein Wort davon gesagt. Ich halte es nur für sonderbar, daß wir in unserem Programm die Befreiung der Presse fordern und hier fort und fort nach Beschränkungen der Presse rufen. Ueber die Mittel, die im wirtschaftlichen Kampf nötig sind, zu entscheiden, muß dem Taktgefühl der Leiter der Zeitungen überlassen bleiben; es müßte schon gar kein im Klassenkampf erprobter Mann sein, wenn er das nicht thäte, was im Interesse der Arbeiter liegt. Wenn Sie keine Leute haben, die dies Empfinden besitzen, so werden Sie auch durch Beschlüsse nichts daran ändern. Es wäre interessant, einmal die verschiedenen von uns geschaffenen Pressegesetze zu sammeln. Oft widersprechen sich diese Beschlüsse

direkt und können in der Praxis garnicht ausgeführt werden. Gewiß wäre es möglich, eine Streikklausel in jeden Annoncen-Kontrakt aufzunehmen. Aber es ist doch bedenklich, daß wir, die wir die Streikklausel als unbillig bekämpfen, hier selbst solche Klausel bejournen. (Sehr wahr.) Wir geben damit einen Teil der Waffen aus der Hand, die wir sonst gegen die Einführung der Streikklausel brauchen, und wir setzen uns damit dem Vornur der Heuchelei aus. Ich glaube auch nicht, daß die Annahme des Antrags an den bestehenden Zuständen etwas ändern wird. Heute nehmen wir ja schon bei Boykotts nicht nur keine Annoncen der boykottierten Firmen, sondern auch keine Annoncen solcher Firmen auf, die ihren Bedarf bei boykottierten Firmen decken. Wir gehen also schon viel weiter, als es der Antrag verlangt. Lehnen Sie den Antrag ab; er würde an den Verhältnissen nichts ändern und uns höchstens in der Öffentlichkeit schaden.

**Scheidemann-Mürnberg:** Ich bitte, den Antrag 17 mit dem Amendement Hug anzunehmen. Das, was Mollenbuhr von dem sozialdemokratischen Pressegesetz gesagt hat, hört sich ja sehr nett an, trifft aber nicht den Kern der Sache. In dem Hug'schen Amendement bitte ich die Worte „oder örtliche“ zu streichen. Durch die Beschlüsse einer kleinen örtlichen Gewerkschaftsgruppe können die Redaktionen in unangenehme Situationen kommen. So ist es uns in Nürnberg gegangen; eine große Fabrik, deren Baaren boykottiert waren, schloß mit der großen Gewerkschaftsorganisation des Berufs Frieden; alle Parteiblätter brachten nun wieder die Inzerate der Fabrik, halbe Seiten groß, nur wir in Nürnberg durften es nicht, die örtliche Verwaltungsstelle der Organisation hat uns abgehalten. Wenn aber der Zentral-Vorstand gesagt hat: es wird gemacht, dann darf die örtliche Verwaltung nicht jagen; es wird nicht gemacht. Ein Vorredner wies auf die längeren Verträge über Inseratenaufnahmen hin, die die Expedition manchmal eingingen. Das ist doch kein Hindernis, wenn ein solcher Vertrag besteht und daraufhin ein Inzerat eines boykottierten Geschäfts aufgenommen werden muß und auf der vierten Seite steht, dann würde ich mich keinen Augenblick bedenken, auf der zweiten Seite im lokalen Teil zu schreiben: Leider sind wir gezwungen, das Inzerat aufzunehmen, aber, bitte, kauft bei dieser Gesellschaft nicht! (Weiterkeit.)

Vorsitzender Singer stellt fest, daß das Wort „örtlich“ im Amendement Hug nicht enthalten ist.

**Engler-Freiburg i. B.:** Die Banter schließen mit ihrem Antrage neben das Ziel. Gerade ihr Antrag wird Anlaß zu vielen Streitigkeiten geben. Wir sollten ihn ruhig ablehnen; mir ist kein Fall bekannt, wo die Redaktionen der Parteiblätter nicht Alles gethan haben, um streikende Arbeiter zu unterstützen. In den Gewerkschaften wird jetzt Selbstständigkeit und Unabhängigkeit von der Partei verlangt. Andererseits fordern sie beständig jede Dienstleistung und kräftigste Unterstützung von der Partei. Wenn man aber die eigene Unabhängigkeit so betont, dann sollte man die Unabhängigkeit der Redaktionen anerkennen. Die Redaktionen thun ihre Pflicht, mehr als manche Gewerkschaften der Partei gegenüber.

**Wizorowski-Stahfurt:** Der Boykott ist ein wesentliches Kampfmittel. Schlimmer noch als die Aufnahme des Inzerats einer Firma, bei der gestreikt wird, ist die Aufnahme der Geschäftsempfehlung einer inserierenden Firma, die boykottiert ist. Ich bitte den Antrag 47 mit dem Amendement Hug anzunehmen.

**v. Elm:** Mollenbuhr muß mich mißverstehen haben. Ich habe nicht sagen wollen, Mollenbuhr denke garnicht an einen Kampf. (Mollenbuhr: Aber gesagt hast Du es!) Wenn die Expeditionen der Zeitungen es immer selbst richtig gemacht hätten, dann würden solche Streitigkeiten nicht entstanden sein. Mollenbuhr wird wissen, daß in seinem Orte bereits recht erhebliche Differenzen zwischen der Arbeiterschaft und der Zeitung entstanden sind, weil diese sogar ganz direkt

Kellame für das boykottierte Geschäft gemacht hatte. Also so was ist durchaus möglich. Der Hinweis auf unsern Kampf gegen die Streiklaus ist nicht angebracht: es ist ganz etwas Andres, ob es sich um einen kommunalen oder staatlichen Vertrag oder um eine private Abmachung handelt. Es mag sein, daß der Antrag nicht immer wirksam sein wird; selbstverständlich hat die Streikleitung die Pflicht, die Redaktionen rechtzeitig aufmerksam zu machen, sonst kann sie sich nicht beschweren. Wenn ein Genosse sich auf die Gewerkschaften gegenüber der Partei beruft, so ist das ein ganz falscher Standpunkt: hier handelt es sich doch um Arbeiterblätter, die auch von den Gewerkschaftsmitgliedern gelesen werden sollen. Es ist hier ein Gegenseitigkeitsverhältnis vorhanden; es wird einfach von den Arbeitern nicht verstanden, wenn während eines Kampfes die Zeitung die betreffende Firma im Ammoncentheil noch empfiehlt. Es wäre ja nicht ganz so schlimm, wenn alle Arbeiter die ganze Zeitung lesen würden, aber wie viele lesen nur den Ammoncentheil, und diese indifferente Masse müssen wir berücksichtigen und ihr nicht boykottierte Geschäfte empfehlen; auch das ist ein Grund zur Annahme des Antrags.

**Centher-Stuttgart:** Auch ich ersuche um Annahme des Antrags. Es geht nicht an, daß das Arbeiterblatt die Arbeiterchaft in ihren Kämpfen in dieser Weise behindert. Wir nehmen ja auch unbillliche und Heirathsannoncen nicht auf.

**Hug-Want** ändert sein Amendement dahin ab: „Der Streik oder die Sperrung muß von den Zentralorganen der Gewerkschaften erklärt und anerkannt werden.“ Mit diesem Amendement wird der Antrag 47 angenommen.

Den Antrag 75, der den Parteiorganen aufgiebt, mehr wie bisher auf die Interessen der Arbeiterinnen Rücksicht zu nehmen, begründet

**Frau Greifenberg-Berlin:** Dieser Antrag spricht schon für sich selbst. Ich bitte Sie aber, auch im Interesse der Zeitungen selbst ihn anzunehmen, weil die Frauen eine Zeitung viel eher lesen, wenn sie Interessantes und für sie Wichtiges darin finden. Wie oft ist mir gesagt worden: was in der Zeitung steht, verstehen wir nicht. In der großen Mehrzahl der Arbeiterpresse wird nichts für die Frauen geschrieben. Ich ersuche um Annahme des Antrags, aber auch nachher dafür zu sorgen, daß er ausgeführt wird.

**Adler-Kiel:** Unipringlich plante der Antrag eine besondere Frauenbeilage. Das wäre verfehlt. So aber ersuche ich um Annahme des Antrags, schon um den Frauen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Es kommt darauf an, volksthümlich und leicht verständlich zu schreiben. Das ist dann nicht nur auf die Frauen berechnet, sondern überhaupt auf diejenigen, die sich noch nicht zum sozialen demokratischen Verständnis durchgerungen haben.

**Schöpfkin-Geminnig:** Zweifellos wäre es agitatorisch sehr gut, wenn die Arbeiterpresse von den Frauen mehr gelesen wäre, aber nur für die Frauen zu schreiben, müssen wir doch Material haben. Es müssen Frauen da sein, die populär schreiben und uns das zur Verfügung stellen. Daran fehlt es aber; die „Gleichheit“ ist ja ein Frauenblatt, ist aber nicht für die Masse der Frauen. Das statistische Material wird nicht einmal von einem großen Theil der Leserinnen der „Gleichheit“ verstanden. Annehmen können wir den Antrag ja, aber so lange uns nicht Material gegeben wird, ist er überflüssig.

Der Antrag wird angenommen.

Den Antrag 78 (betr. kommunalpolitische Beilage zum Vorwärts) begründet **Sabich-Frankfurt a. M.:** Es würde für unsere Vertreter in den kleinen Kommunen von großem Werth sein, wenn sie das Material zur Hand haben, um in ihrer kommunalen Körperschaft dahin zu wirken, daß die Straßenbahnen billige Arbeitertarife einführen, daß Lokale gebaut werden für alle Parteien, wie z. B. hier die „Stadthalle“, in Bezug auf die Errichtung von Wädern u. s. w.

**Pannkuch:** In der vorliegenden Form ersuche ich um Ablehnung des Antrags. Wollen Sie ihm näher treten, dann überweisen Sie ihn dem Partei-

Vorstand zur Erwägung. Der „Vorwärts“ hat in den letzten zwei Jahren eine ziemlich ausgiebige Ausgestaltung erfahren, und das geschieht ja auch weiter. Die Verhältnisse in den großen Gemeinden lassen sich aber meistens gar nicht auf die kleinen Gemeinden, insbesondere die Landgemeinden übertragen, man kann nicht schablonisieren. Wenn unsere Vertreter in den kleinen Gemeinden Aufklärung für ihre Wirksamkeit in ihren Gemeindevertretungen brauchen, so können sie entweder bei der Agitationskommission der Provinz oder, wenn da nicht zugänglich, bei der Parteileitung Auskunft erhalten.

**Scheibe-Hartmannsdorf:** Als Gemeindevertreter in einer ländlichen Gemeinde bitte ich dringend, den Antrag anzunehmen oder ihn wenigstens dem Partei-Vorstand zu überweisen. Solches Organ ist für die Gemeindevertreter recht notwendig. Gerade in kleinen Gemeinden kommen mancherlei Dinge vor, die sich mit dem Programm nicht vertragen; da kann ein solches Organ sehr nützlich wirken, auch wenn es etwa als monatliche Beilage dem Vorwärts beiliegt.

Antrag 78 wird hierauf dem Partei-Vorstand zur Erwägung überwiesen.

Antrag 80 (betr. Herausgabe einer wissenschaftlichen Schrift über den katholischen Klerikalismus) begründet:

**Göller-Frankfurt a. M.:** Schon in Stuttgart regte ich bei Pfamlich die Herausgabe eines solchen Buches an. Er sagte mir, man habe sich schon mit Bollmar über die Abfassung einer solchen Schrift verständig. Es ist aber nichts geschehen, und doch ist ein solches Werk ein dringendes Bedürfnis. Der Ultramontanismus ist überall mächtig im Vorwärtsschreiten begriffen, während der Liberalismus in Deutschland an Boden verliert. Da müssen wir unsere Leute mit besserem Nützzeug versehen. Wie ich höre, schreibt Hoch eine Broschüre über das volksverrätherische Verhalten des Zentrums im Parlament. Das genügt aber nicht, das Wesen des Ultramontanismus muß in seinen innersten Tiefen aufgewieken werden. Die ganze Frage muß wissenschaftlich und historisch behandelt werden. Als gestern über die Weltpolitik verhandelt wurde, ist es Manchen aufgefallen, daß der Pioniere des Kapitalismus, der Missionare, gar nicht gedacht wurde. Das eine Beispiel zeigt schon, wie notwendig ein solches Werk ist.

**König-Bodrum:** In meinem Bezirk dominiert der Katholizismus. Wir, die wir die Bewegung dort fördern sollen, müssen mit Munition versehen werden. Wenn wir gegen den Ultramontanismus ankämpfen, dann spielen die Pfaffen die Frage auf das religiöse Gebiet herüber. Deshalb brauchen wir eine Broschüre gegen das Zentrum. Für billiges Geld muß sich auch der mündelbemittelte Arbeiter eine solche Schrift kaufen können. Bisher liegen nur Bruchstücke vor: Da haben wir die Schrift von Lütgenau: Natürliche und soziale Religion. Auch in der „Geschichte des Sozialismus“ ist hierüber Manches enthalten. Einige empfehlen auch den „Pfaffenpiegel“, aber solche Sachen eignen sich nicht, um katholische Arbeiter für uns zu gewinnen (siehe richtig!) und doch müssen wir der schwarzen Garde energisch auf den Leib rüden. Wir haben in Weiskalen manches leuchtende Licht gehabt, das den Kampf gegen den Katholizismus führen wollte. Leider sind die Sterne bald verbläht und die Agitation liegt ausschließlich auf den Schultern der Arbeiter. Um so nöthiger ist eine kurze, billige Broschüre für die Arbeiter.

**Fischer-Berlin:** Das, was der Vorredner ausführte, war nicht die Begründung des Antrags, denn der Antrag verlangt ja nicht eine Agitationsbroschüre, sondern eine wissenschaftliche Widerlegung der ganzen ethischen und politischen Anschauungen des Katholizismus, des Christenthums überhaupt. Man sage ich gewiß nicht, daß wir eine solche Schrift nicht brauchen können, aber von dem Gedanken, eine solche Schrift unter dem Gesichtspunkt der Agitation für den politischen Tageskampf, namentlich in kleinen Städten

und auf dem Lande, zu verlangen, müssen wir absehen. Wenn wir einen Schriftsteller finden, der diese Aufgabe zu lösen geneigt und fähig ist, so spricht gewiß nichts gegen die Herausgabe einer solchen Broschüre. Viel wirksamer aber für die Agitation ist eine Broschüre die an Hand atemmäßigen Materials, an den politischen Aktionen des Zentrums nachweist, wie sehr die Handlungen dieser Partei in Widerspruch zu seinen Reden und Versprechungen stehen. Eine solche, vom Genossen Hoch verfaßte Schrift wird schon in den nächsten Tagen erscheinen; es wird darin aus den Verhandlungen der letzten Reichstagsession nachgewiesen, in welchen Widerspruch Theorie und Praxis des Zentrums steht, selbst bei der Behandlung von Petitionen, die aus Arbeiterkreisen gekommen sind. Diese Broschüre wird als Massenbroschüre zu billigen Preise abgegeben, damit sie in die Kreise der katholischen Arbeiter hineingeworfen werden kann, um auch bei ihnen das Klassenbewußtsein zu wecken und ihnen zu zeigen, daß sie in eigenem Interesse gemeinsame Sache mit den sozialdemokratischen Arbeitern gegen die katholischen Ausbeuter und Geschäftspolitiker zu machen haben. (Sehr wahr.) Solche Broschüre halte ich für wirksamer als eine theoretische Schrift, aus der unsere Leute vielfach mangels der nötigen Vorbildung einige Schlagworte herausgreifen und in der Hitze des Gefechts die Gefühle der katholischen Arbeiter verletzen und damit das thun, worauf die Pfaffen in erster Linie spekulieren. Wir müssen den katholischen Arbeiter bei seinem Klasseninteresse packen, die philosophische Erkenntnis kommt dann später nach. (Sehr richtig.)

Hiermit schließt die Debatte, der Antrag wird abgelehnt.

Die Resolution betr. die Kohlennoth begründet

**Scheibe-Hartmannsdorf:** Ich will Ihre Zeit und Geduld nicht lange in Anspruch nehmen. Der 15. und 18. sächsische Wahlkreis hat mich beauftragt, die Resolution zu vertreten. Es ist doch selbstverständlich, daß der Parteitag sich mit der Lage der Kohlenmarkts beschäftigt, denn die Vertbeuerung der Kohlen hat eine ungeheure Erregung hervorgerufen. Die Grubenbesitzer und ihre Agenten suchen es so darzustellen, als seien die Streiks der Bergarbeiter die Ursache der Kohlennoth und diese Ansicht ist leider auch unter manchen Arbeitern verbreitet. Daß die Kohlenfrage im Reichstage zur Sprache gebracht werden soll, hat ja Pfannkuch neulich schon betont. Wir brauchen unsere Abgeordneten gewiß nicht an ihre Pflicht zu erinnern, sie erfüllen sie von selbst. Aber die Parteipresse hat ihre Pflicht veräußert, bürgerliche Blätter haben weit eher auf die Kohlennoth hingewiesen. Erst durch die künstliche Nachfrage ist die Noth gesteigert worden. Darauf hätte die Presse hindeuten müssen. Verschiedene bürgerliche Fachleute erklären sich für die Verstaatlichung, umso mehr sollten wir dazu Stellung nehmen und nach vorausgegangener Erörterung in der Presse auf dem nächsten Parteitag darüber sprechen.

**Schöpflin-Chemnitz:** Auch ich bitte um Annahme der Resolution. Es ist leider wahr, daß unsere Parteipresse in dieser Beziehung nicht auf dem Posten war; neben der Kritik der Kohlennoth hätte unsere Presse auch Mittel zur künftigen Verhütung solcher Kalamitäten vorschlagen sollen. Das ist nicht gesehen, selbst der „Vorwärts“ hat sich nur mit der bekannten an ihm gewohnten Vorsicht mit ein paar Federstrichen mal für die Verstaatlichung der Bergwerke ausgesprochen. In Sachen ist die Kohlennoth auf das Höchste gestiegen, die Panik ist künstlich hervorgerufen. Es ist notwendig, daß wir diese Frage einmal eingehend erörtern; in welcher Form das geschieht, ist Nebensache. Durch ein Referat auf dem nächsten Parteitag würde unseren agitatorisch thätigen Genossen schätzenswerthes Material an die Hand gegeben werden. Fürchten Sie nicht, daß durch die Verstaatlichung der Bergwerke etwa die Grubenarbeiter geschädigt werden! Nehmen Sie die Resolution an, auch wenn sie einen staatssozialistischen Weisheitsmaß hat!

**Fischer-Berlin:** Wenn ich Schöpflin richtig verstanden habe, so hat er es gewissermaßen gemißbilligt, daß der „Vorwärts“ die Frage der Verstaatlichung der Kohlengruben zu vorrätig behandelt hat. Ich bin im Gegentheil der Meinung, daß unser Zentralorgan die Pflicht hat, diese Frage sehr vorrätig zu behaupten (sehr richtig), und daß wir alle Verantwortung haben, das Schlagwort von der Verstaatlichung der Bergwerke heute in Volksversammlungen mit aller Reserve zu behaupten. (Sehr wahr.) So plausibel diese Forderung in der Theorie erscheint, so dürfen wir doch die praktischen Verhältnisse und die politische Lage nicht außer Acht lassen. Wir brauchen uns nur der Zustände in den holländischen Gruben und der Haltung der Regierung beim Streik im Saarrevier zu erinnern, wir brauchen nur daran zu denken, wie die ganze Sozialpolitik in Deutschland immer vom Gesichtspunkt der Grubenkontrollen, der Kohlenunter- und Grubenkarone betrieben wird, dann haben wir allen Grund zum Vorsicht in der Behandlung dieser Frage. Der „Vorwärts“ hat also recht daran getan, daß er nicht in die große Agitationsklempe einstimmt; er hat durchaus die Aufgabe erfüllt, die ihm als Zentralorgan gestellt ist. Wenn einmal im Eifer des Kampfs in einem kleinen Parteiblatt der Provinz solch Schlagwort mehr in den Vordergrund gestellt wird, als es praktisch angeht, so ist der Schaden nicht so groß, aber das führende Organ darf nicht nur nach Augenbildstimmungen handeln. (Sehr richtig.) Es kommt doch bei dieser Frage auch die politische Abhängigkeit Tausender von Arbeitern in Betracht, wir dürfen uns nicht von einem bloßen Schlagwort leiten lassen und in das entgegengesetzte Extrem verfallen, in dem die Partei sich früher bewegt hat, wo wir gegen jede Verstaatlichung waren. Heute müssen wir uns immer fragen, in welcher Lage die Arbeiter dadurch kommen, wie ihre politische und soziale Abhängigkeit der Regierung gegenüber unter Umständen erhöht wird und endlich auch, ob nicht gerade durch diese Verstaatlichung die Macht der Regierung, ihre Unabhängigkeit dem Parlamente gegenüber gestärkt, die Volksvertretung aber noch mehr in ihren Händen und Einflüssen geschwächt wird, als dies heute schon der Fall ist. Wir werden uns ja nachher über die Landtagswahlen unterhalten und da werden die Gegner der Wahlberechtigung sich fragen müssen, ob sie nicht gerade unter Berücksichtigung dieses Gesichtspunktes ihre Ansichten zu revidieren gezwungen sind.

**Sachse-Zwickau:** Gegen eine Auffassung Scheibe's muß ich Verwahrung einlegen. Schon vor dem Streik ist ein Preisausschlag erfolgt und nach dem Streik, der, wie ich ausdrücklich hervorhebe, verloren gegangen ist, bei dem die Bergarbeiter nichts erreicht haben, haben die Bergwerksbesitzer die Preise ganz gewaltig in die Höhe geschraubt. In Westfalen ist ja in den hauptsächlichsten Kohlenrevieren garnicht gestreikt worden, ebensowenig in Schlesien, sondern nur in Sachsen. Allerdings ist dort 10—15 Pf. Schichtlohn zugelegt, aber für die Lohngestaltung bedeutet das garnichts, denn gearbeitet wird so gut wie garnicht im Schidlohn, sondern im Gebinge, d. h. im Akord. Die Verdienste der Bergarbeiter sind allerdings gestiegen, aber nicht durch Lohnerhöhung, sondern durch Uebererschichten, Weisheiten und namentlich durch kolossale Erweiterung der Sonntagarbeit. Die nächste Abrechnung der sächsischen Aktiengesellschaften werden es beweisen, daß trotz des Streiks ganz gewaltige Uebererschüsse erzielt worden sind. Sie Kohlenvertbeuerung ist nur verursacht durch den Auszug der Vereine für die Interessen der Bergwerksbesitzer. Trotz des verlorenen Streiks ist im Zwickauer und Ungarner Revier der Preis am 1. April um 25 pCt. gestiegen. Aber eine andere Frage ist nicht gestreift worden: Trotz der Kohlennoth hat die Regierung an eine Befreiung der ermäßigten Ausfuhrtarife nicht gedacht. In den Nachbarländern wird unsere Kohle um 20 Mark per Doppelwagen billiger gekauft als in Deutschland; es ist dieselbe Erscheinung wie in der Eisen-, Zuckerindustrie zc. Auch dagegen muß die Arbeiterpresse protestieren. Die Resolution

verlangt ja glücklicherweise nicht die Verstaatlichung der Bergwerke, sonst könnte ich ihr nicht zustimmen. Fischer's Ausführungen unterschreibe ich vollkommen. Wir müssen der Verstaatlichung der Bergwerke gegenüber sehr vorsichtig sein. Die internationalen und unsere Vergarbeitertage haben sich nicht entschließen können, die Verstaatlichung der Bergwerke zu fordern. Das Koalitionsrecht der Vergarbeiter, das jetzt schon so gut wie garnicht existirt, würde dann ganz vernichtet werden. Sind denn die Kohlen in den staatlichen Betrieben billiger? Mit nichten. Die Frage ist noch nicht spruchreif, sie muß erst reiflich ventilirt werden. Der Staat bemächtigt sich nicht der Produktion, um eine Verbilligung oder gerechte Vertheilung der Waare herbeizuführen, sondern nur der Fiskus würde sich dadurch eine neue Einnahmequelle eröffnen, wie es ja auch mit den Eisenbahnen geschehen ist. Ich kann Ihnen die Resolution allerdings zur Annahme empfehlen, weil sie etwas Bestimmtes nicht ausführt, aber bitten möchte ich, diese Angelegenheit nicht unbeachtet zu lassen.

**Frohne:** Es ist eine recht unangenehme Erscheinung, mit der ich mich kurz beschäftigen will. Gestern erlebten wir, daß Fräulein Luxemburg ohne Kenntniß der Thatfachen behauptete, unsere Presse habe in der Bekämpfung der Weltpolitik nicht ihre Schuldigkeit gethan, und heute erleben wir dasselbe bezüglich der Kohlenfrage von Schöpflin. Er muß unsere Parteipresse garnicht verfolgt haben, sonst müßte er wissen, daß zur Frage des Kohlenwuchers und Altem, was damit zusammenhängt, die Parteipresse in der ausgiebigsten Weise Stellung genommen hat. Es ist mir nicht ein einziges Parteiblatt in Erinnerung, von dem sich sagen ließe, daß es dieser überaus wichtigen und die weitesten Volkskreise erregenden Frage nicht die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt hat in einer Weise, die den berechtigten Interessen des Volkes und unseren Grundfäden in vollem Maße entspricht. Es macht keinen angenehmen Eindruck, wenn solche Vorwürfe an die Presse gerichtet werden, die sie nicht verdient, und ehe man in der glücklichsten Unwissenheit solche Behauptungen aufstellt, sollte man sich informieren. Auch unsere Fraktion hat diese Angelegenheit in ansehnlicher Weise zu wiederholten Malen im Reichstage behandelt, sie hat ihre Schuldigkeit ebenso gethan wie unsere Presse. Auf die zutreffenden Darlegungen der beiden Vordredner näher einzugehen erübrigt sich.

**Schöpflin-Ubenutz:** Was Frohne mit einer Rede, um die ihn ein Staatsanwalt beneiden könnte, herausdestillirt hat, ist mir nicht eingefallen zu sagen. Ich habe einfach verlangt, daß Leute, die die Sache kennen, sich mit ihr gründlich beschäftigen. Direkt eine Verstaatlichung habe ich noch nicht verlangt. Wie kommt Frohne zu seinem väterlichen Ton, mit dem er mir gänzliche Unwissenheit vorwirft? Ich lese die Parteipresse ebenso wie er und vielleicht muß ich sie noch mehr lesen. Gewiß hat sie kritirt, aber was ich vernicht habe, das sind Mittel und Wege zur Abhilfe. Da muß mehr geschehen und deshalb wünsche ich eine eingehende Berathung auf dem nächsten Parteitage.

**Düwels-Essen:** Auch ich muß es für grundsätzlich erklären, daß die Kohlensteuerung durch den sächsischen Streik mit verursacht ist. Wenn man das behauptet, liefert man ja gerade den Unternehmern Waffen in die Hand. Es ist auch nicht einmal wahr, daß der Arbeitermangel Schuld ist, denn Hunderte von boykottirten Arbeitern laufen beschäftigungslos zwischen den Bergwerken herum. Es ist auch nicht wahr, daß die gestiegene Löhne der Arbeiter die Kohle vertheuert haben. Der Dortmunder Handelskammer-Bericht stellt ja ausdrücklich fest, daß die 200 000 Arbeiter des Dortmunder Ober-Bergamtsbezirks im verfloffenen Jahre dieselbe Förderung an Kohlen erzielt haben, dazu aber eine um 15 pCt. höhere Förderung der tharerren Nebenprodukte. Also den Arbeitern irgendwie die Schuld aufbürden zu wollen, widerspricht direkt den Thatfachen. Auf der anderen Seite aber liegt eine

planmäßige Einschränkung der Produktion vor, indem die Kohlenmatadore Grubenfelder angekauft haben, aber nicht erschließen.

**Frau Duncker-Leipzig:** Hier haben wir einen Stoff, der sich zur Agitation in den weitesten Kreisen eignet. Die Kohlensteuerung kommt kleinen Leuten in den entferntesten Dörfern, in den entlegensten Bezirken zum Bewußtsein. Wo sonst unsere Agitation nicht aufassen kann, die Empörung über die starke Belastung durch die Kohlensteuerung hat auch die Hausfrauen ergriffen, an die wir sonst schwer herantreten. Wir müssen nun statistisches Material in die Hand bekommen, wie es die Ausführungen Sachs's bieten. Die Kohlenpreise sind an einzelnen Orten um 50 pCt. gestiegen, so daß die kleinen Budgets stark belastet werden. Die Behauptung, daß der Streik der Grubenarbeiter die Erhöhung der Kohlenpreise bewirkt habe, ist vom Antragsteller nicht ausgesprochen worden. Die bürgerlichen Zeitungen haben sie ausgeheckt, und für die Grubenbesitzer war es ein gesundes Freiren. Der Kohlennoth müssen wir auf anderem Wege entgegenzutreten als durch die Verstaatlichung der Bergwerke. Sollen wir die Kohlengräber, die jetzt schon unter dem Privatspital schwer gedrückt sind, ganz zu Staatsbürgern zweiter Klasse, zu Staatsarbeitern machen? Ein besseres Mittel gegen die Kohlennoth ist die Tarifherabsetzung. (Zustimmung.)

**Scheibe-Hartmannsdorf:** Ich habe absolut nicht behauptet, daß der Streik die Kohlensteuerung hervorgerufen hat, einen solchen Unfinn sollte mir doch Düwels nicht zutrauen. Wohl aber ist es unbestreitbar, daß in den zurückgeliebten Schichten der Arbeiter diese Meinung vorhanden war und von uns bekämpft werden mußte. Die Frage der Verstaatlichung habe ich in der Resolution sehr vorsichtig behandelt.

Die Resolution Scheibe wird angenommen.

Es folgt die Gruppe der Anträge, die sich auf die **Agitation** beziehen. Es sind die Anträge 46, 48—51. Unterstützt wurde nur der Antrag 48 (betr. Agitation gegen Verschlechterung des Krankenversicherungsgesetzes), der allein zur Verhandlung gelangt.

**Sichhorn-Mannheim** begründet den Antrag kurz; es hat besonderes Gewicht, wenn der Parteitag einen solchen Antrag annimmt.

**Wolkenbühr:** Der vorliegende Antrag ist in der Form nicht sehr glücklich. Wir können nicht in jeder Vorlage ohne Weiteres eine Verschlechterung erblicken. Im Gegentheil, die meisten Änderungen, die im Krankenversicherungsgesetz vorgenommen werden müssen, werden Verbesserungen sein; das jetzige Gesetz ist so schlecht, daß es überhaupt nicht mehr verschlechtert werden kann. Eine solche Verbesserung, die durch die Umstände bedingt ist, ist die Verlängerung der Unterstützungsdauer von 13 auf 26 Wochen, um den Anstich der Krankenrente an die Invalidenrente herbeizuführen. Es ist aber sehr notwendig, daß die Leute, die im Kranken-Versicherungswesen Erfahrung haben, die Mängel der bestehenden Gesetzgebung schon jetzt klarlegen. Ich weiß, daß nach objektiver Prüfung solcher Vorlagen eine Fülle von Material aus Arbeiterkreisen geholt werden kann, das auch nicht ganz unberücksichtigt bleibt, wenn es rechtzeitig in die Hände der Abgeordneten kommt. Wir dürfen nur mit der Agitation nicht erst dann beginnen, wenn die Vorlage da ist, sondern schon vorher auf die Mängel des Bestehenden aufmerksam machen. So wie der Antrag lautet, sieht es aus, als wollten wir überhaupt gegen die ganze Reform Front machen; das wäre ein Fehler. Zu den Verbesserungen rechne ich auch die Vereinheitlichung der Versicherung, zu der die Regierung entschlossen ist. Der Beseitigung der freien Hilfskassen könnte ich allerdings nur zustimmen, wenn die Versicherungspflicht soweit ausgedehnt wird, daß für sämtliche Personen, für die ein Bedürfnis der Versicherung vorliegt, Raum in den Zwangskassen geschaffen wird. Ebensonenig dürfen die freien Hilfskassen geopfert werden, wenn die

Betriebskassen fortbestehen; alle Gründe, die offiziell gegen die freien Hilfskassen angeführt werden, treffen gleichzeitig auch die Betriebskassen.

**Sichhorn-Mannheim:** Molkenduhr hat unseren Antrag nicht so verstanden, wie er gemeint war. Es steht auch ausdrücklich darin: etwaige Verschlechterungen. Wir wollten keineswegs jede Vorlage als eine Verschlechterung hinstellen, sondern wünschen nur, daß jetzt schon die Agitation eingeleitet wird.

Damit schließt die Diskussion. Antrag 48 wird angenommen.

Es folgen die Anträge 57 und 58. Beide finden aber nicht genügende Unterstützung. Desgleichen die Anträge 4 und 77, die sich mit dem Programm beschäftigen.

Punkt 10 der Tagesordnung. Der Parteitag beschäftigt sich nun mit der Frage, an welchem Orte der nächste Parteitag tagen soll. Es liegen hierzu die Anträge 59, 60, 61, 67, 81, 85 vor, von denen die Anträge 60 und 61 nicht genügend unterstützt werden. Als Ort des nächsten Parteitags werden vorgeschlagen: Magdeburg, Bremen, Dresden, Lübeck.

**Haupt-Magdeburg:** Die geographische Lage von Magdeburg ist ebenso günstig, wie die von Dresden und günstiger als die von Bremen. Auch steht uns ein genügend großes Lokal zur Verfügung und die Behörden verhalten sich, wenn auch nicht wohlwollend, so doch objektiv; ich bin überzeugt, Sie werden sich in Magdeburg Alle wohl fühlen.

**Reichmann-Bremen:** Ich bitte Sie, aus agitatorischen Gründen, den nächsten Parteitag in Bremen abzuhalten. Wir werden Sie dort mit Freuden begrüßen.

**Sundermann-Dresden:** Sehen Sie von der Gewohnheit, keine Parteitage in Sachsen abzuhalten, ab! Man hat früher gesagt, was in anderen Landesstellen möglich ist, ist in Sachsen nicht möglich. Aber in Sachsen finden doch auch unsere Landeskonferenzen statt und dort nehmen wir energisch Stellung gegen die Politik der sächsischen Regierung. Geographisch liegt Dresden günstig und wir haben auch ausreichende Säle dort zur Verfügung.

**Singer:** Es scheint sich ein sächsischer Weltfreit um den nächsten Parteitag zu entspinnen (Heiterkeit), mir geht eben noch ein Antrag zu, der wünscht, daß der Parteitag in Sachsen abgehalten wird. Auch dieser Antrag wird genügend unterstützt, also mit zur Debatte gestellt.

**Friedrich-Lübeck:** Der Antrag 85 ist zeitlich zuerst gestellt. Bereits im vorigen Jahre haben wir Sie eingeladen, nach Lübeck zu kommen, aber Sie haben Süddeutschland vorgezogen. Kommen Sie jetzt einmal an die nordische Wasserfronte. Die Lage von Lübeck ist eben so gut, wie die von Hamburg, wo Sie vor zwei Jahren gewesen sind, und unsere Partei ist so gut organisiert, daß sie sich ein allen Ansprüchen genügendes Lokal hat bauen können. Auch die Behörde befehligt uns nicht.

**Grenz-Leipzig:** Einen Parteitag in Sachsen abzuhalten, ist ein Experiment. Deshalb müssen wir, wenn wir Sachsen wählen, wenigstens eine Stadt wählen, die uns in die Lage versetzt, nötigenfalls den Parteitag sofort zu verlegen. Das ist in Dresden nicht möglich. Von Leipzig aus aber können wir sofort bequem nach Halle gehen. Wollen Sie also schon ein Experiment machen, so wählen Sie Leipzig.

Eine weitere Diskussion findet nicht statt.

Auf Vorschlag von Singer wird die Wahl durch Stimmzettel gleichzeitig mit der später vorzunehmenden Wahl der Parteileitung vollzogen.

Der Parteitag geht zur Verathung derjenigen Anträge über, die sich auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages beziehen. Es sind das die Anträge 62 und 70, die die Alkoholfrage auf die Tagesordnung gesetzt haben wollen, und ein Antrag, der die Wohnungsfrage erörtert wissen will. Die Unterstützung dafür reicht aus.

**Erdmann-Köln:** Der vorige Parteitag ist über diesen Antrag zur Tagesordnung übergegangen. Damals meinte Bebel, es sei für eine politische Partei nicht angängig, sich mit solchen Fragen zu beschäftigen, er hat die Alkoholfrage mit der Zuspfrage verglichen. Aber das ist nicht angebracht, denn die Zuspfrage ist in der That eine wissenschaftliche, medizinische Frage, während das für die Alkoholfrage nicht zutrifft. Es ist Thatsache, daß der Alkohol sehr schädliche Wirkungen hat und weiter, daß gerade in Arbeiterkreisen dem Schnapsgenuß am meisten gesröhnt wird. Bebel hat weiter auf dem vorigen Parteitag gemeint, die Partei dürfe sich nicht mit Kleinram abgeben. Aber die Alkoholfrage ist kein Kleinram. Es fragt sich, ob die Trunksucht oder die Schwindsucht mehr gesundheitliche Opfer erfordert. Das jedoch steht fest, daß der Alkoholismus erhebliche sittliche Schäden im Gefolge hat. Natürlich denken die Antragsteller nicht daran, gemeinsame Sache mit den Temperenzlern zu machen. Wir rechnen uns keineswegs zu den Fanatikern oder Maßigkeitsaposteln. Nun wird man wieder auführen, daß die Sozialdemokratie schon durch die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse genug zur Eindämmung des Alkoholismus thut; aber es ist nicht richtig, daß durchweg die materielle Noth den Menschen zwingt, sich der Trunksucht hinzugeben. Vielfach ist es Unkenntniß der gefährlichen Folgen des Alkoholismus oder mangelndes Pflichtbewußtsein, und da kann durch Stellungnahme der Partei etwas geschehen. Bei dem Einfluß unserer Partei auf die Arbeiter würde es günstig wirken, wenn der Parteitag sich gegen den übermäßigen Alkoholgenuß ausspricht. Auch würden wir uns dadurch den Dank und die Anerkennung der Frauen erwerben. Ebenfogut wie wir uns in Gotha bei der Kunstdebatte über Fragen unterhalten haben, die mit der Partei nur entfernt zusammenhängen, können wir uns auch einmal einige Stunden über den Alkoholismus unterhalten.

Hierauf tritt die Mittagspause ein. Singer verliest ein Telegramm von Frau Katalie Lieblecht: „Für die ergreifende Beileidspende unseren herzlichsten Dank.“

Schluß 12<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

### Nachmittags-Sitzung.

2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Die Verathung des Antrags 62 wird fortgesetzt.

**Adler-Kiel:** Ich halte die Alkoholfrage für wichtig und bin persönlich Alkoholgegner, aber ich bin trotzdem dagegen, daß der Parteitag diese Frage auf seine Tagesordnung setzt. So sehr wir als Menschen den Alkoholismus bekämpfen müssen, so sehr auch die Partei Vortheil davon hat, wenn er abnimmt, können wir die Agitation dagegen nicht zur Parteifache machen. Laßalle hat uns gelehrt, daß, wenn man ein bestimmtes Ziel erreichen will, man einzig und allein einen Punkt ins Auge fassen und unbeirrt durch alles Andere darauf losgehen muß. Nehmen wir den Antrag ob und halten wir fest an dem Grundsatz: Alkohol ist Privatfache. (Heiterkeit und Beifall.)

**Wickelmann-München:** Ich stimme dem Vorredner durchaus bei. Als eine Beleidigung des Arbeiterstandes weise ich die Behauptung des Begründers des Antrages zurück, daß die Arbeiter dem Schnapsgenuß am meisten fröhnen. Ich weiß nicht, in welchen Arbeiterkreisen Erdmann verkehrt. Ich komme mit sehr viel Arbeitern zusammen, aber Trinker sind nicht darunter. Freilich, manche Arbeiter würden froh sein, wenn sie hier und da eine Maß mehr trinken könnten. (Heiterkeit.)

**Braun-Königsberg:** Unsere Gegner werden die Neben der Vorredner als eine Verherrlichung des Alkoholismus auffassen. Wer in Begier zu thun hat, wo die Menschen durch Alkohol verstorben sind, der wird nicht dem Grundsatz huldigen, daß Alkohol Privatfache ist. In Westpreußen, z. B. in Danzig, ist der

Schnapsgenuß mit ein Hinderniß für unsere Agitation. Wir gewöhnen dort besonders die Frauen nicht, diese sagen uns immer: „Auch Ihr entschuldigst ja noch das Schnapstrinken!“ Wir haben doch nicht nur das Endziel im Auge, sondern wollen auch in der heftigen Gesellschaftsordnung die Lage der Arbeiter möglichst heben; aber gerade der Schnapsgenuß verschlechtert die Lage der Arbeiter. Durch eine Agitation gegen den Alkoholismus werden wir namentlich in den östlichen Provinzen weiter kommen. (Beifall.)

**Wurm:** Bei der Frage des Alkoholismus muß man streng unterscheiden, was bisher nicht geschehen ist, zwischen dem mäßigen Genuß von Alkohol und der Verführung weiter Volkskreise durch den übermäßigen Genuß von Alkohol. Es ist richtig, daß in gewissen Grenzen der Genuß von Alkohol unentbehrlich für weite Volksschichten ist, weil durch Sitte, Gewöhnung und äußere Verhältnisse es absolut notwendig ist, daß alkoholische Getränke getrunken werden. Dem Alkoholismus gegenüber aber hat die Partei, die sich mit sozialen Verhältnissen beschäftigt, allerdings Stellung zu nehmen, doch meine ich nicht, daß es notwendig ist, das durch ein besonderes Dekret auf dem Parteitag zu thun. Wir haben uns ja nur die eine Frage vorzulegen, die oft genug in Broschüren und Zeitungsartikeln in der Presse erörtert worden ist: wie weit kann der Alkoholismus, der ja nur ein Symptom der Verelendung weiter Volksmassen ist, beseitigt werden neben der allgemeinen Kur, die wir an dem kranken sozialen Körper anstellen wollen? Dazu müssen wir auf die Ursachen des Alkoholismus zurückblicken. Der Alkoholismus ist 1. eine Lohnfrage, d. h. er ist abhängig von dem geringen Einkommen der Bevölkerung, die bei schlechter, ungenügender Ernährung dazu getrieben wird, durch den Alkoholgenuß sich eine Sättigung vorzutauschen, die nur die Ernährung zu gewähren im Stande ist, oder eine schlechte Nahrung sich schmackhafter zu machen. Der Alkoholismus ist aber 2. auch eine Wohnungsfrage; denn alle Diejenigen, die in schlechten Wohnungen haufen müssen, in denen sie kein Heim finden, werden hinausgetrieben in das Wirthshaus, sie müssen dort verkehren, sie werden dazu weiter getrieben durch die Geselligkeit und so wird aus dem mäßigen Genuß die Wöllerei. Dabei aber berühren wir auch den Punkt, der am wenigsten bisher beim Kampf gegen den Alkoholismus beachtet wird, daß es nicht immer nur die soziale Noth zu sein braucht, welche die Leute ins Wirthshaus treibt, zum übermäßigen Alkoholismus, sondern daß es auch ein edles gutes Motiv sein kann, nämlich der Hang zur Geselligkeit, zur Gemüthlichkeit. Der Arbeiter hat dasselbe Recht und dasselbe Bedürfniß wie jeder Andere, mit seinen Freunden zusammen zu kommen, in frühlicher Geselligkeit sich zu unterhalten. Dazu stehen ihm aber unter den heutigen Verhältnissen keine anderen Räume zur Verfügung als solche, in denen er gezwungen wird, alkoholische Getränke zu genießen, weil es andere nicht giebt, oder es nicht als richtig betrachtet wird, andere als solche zu verkehren. Hier ist eine Aufgabe für Alle, die auf kommunalem Gebiet thätig sind, dafür zu sorgen, daß von den Gemeinden Erholungsstätten geschaffen werden, in denen der Arbeiter mit seinen Freunden sich zusammenfinden kann, in denen er nicht gezwungen, irgend etwas zu verkehren, in denen er aber durchaus nicht zum Temperenzler gekehrt werden soll. Denn es ist unmöglich, unter den heutigen Verhältnissen plötzlich aus einer alkoholverzehrenden Bevölkerung Temperenzler zu machen; solche Sprünge bildet die Natur nicht. Aber man kann wohl aus einer schnapsverzehrenden eine nur einen vernünftigen Alkoholgenuß sich hingebende Bevölkerung machen, die ein leicht beförmliches Bier trinkt, und man kann aus einer biertrinkenden Bevölkerung ganze und halbe Temperenzler machen, wenn man nicht gezwungen ist, dem Biergenuß zu fröhnen, um längere Zeit mit seinen Freunden zusammen sein zu können. Erholungsstätten, Versammlungsräume, in denen Geselligkeit gepflogen wird, diese sind es, die dem Alkoholismus einen starken Damm ziehen

werden. Nicht allein Vesehallen, nicht allein Bibliothekzimmer; denn nicht Jeder ist in der Lage, nach des Tages angestrengter Arbeit sich dem geistigen Genuß hinzugeben, er braucht leichtere Unterhaltung. Die Schweizer Bildungsvereine haben solche Lokale, in denen Niemand gezwungen wird, etwas zu verkehren, in denen Getränke, auch Bier gereicht wird, aber Schnaps selbstverständlich ausgeschlossen ist. Auf diese Weise lassen sich weite Kreise dem schrecklichen Glend entziehen, das allerdings durch den Schnaps über die Bevölkerung gebracht wird. Man vergesse aber nicht, daß man tauben Ohren predigt, wenn man nur durch Belehrung, nur durch Aufklärung vorgehen will und nicht gleichzeitig den Leuten die praktische Möglichkeit giebt, das zu thun, was sie selbst gern möchten, wenn ihnen nur die Wege dazu offen ständen. Und die Wege fehlen überall. Es sind Ausnahmen, daß irgendwo den Arbeitern eine Stätte geschaffen ist, in der sie sich versammeln können, ohne zum Alkoholgenuß genöthigt zu sein; es sind Ausnahmen, daß die Wohnungsverhältnisse des Arbeiters so beschaffen sind, daß er in seinem Heim seine Freunde bei sich sehen oder auch nur sich wohl fühlen könnte. Daß die Lohnfrage aber die Hauptsache bleibt, dürfen wir nicht aus den Augen lassen, und es würde unserer ganzen Stellung nicht angemessen sein, wenn wir uns plötzlich auf eine Symptomkurirerei einlassen wollten; es wäre ein Unmuthszeugniß für den Parteitag, wenn wir meinten, wir könnten die Alkoholfrage herausgreifen aus den übrigen sozialen Fragen. Die Guttempler, die Temperenzler, all die guten Leute und schlechten Musikanten, die die Alkoholfrage lösen wollen losgelöst von der Frage der Arbeiterbewegung, der Lohnfrage, die haben gut predigen, die waschen den Pelz und machen ihn nicht naß, die sind gut geschrieben bei den hohen Herrschaften, den „auch wohlwollenden“, denn es kostet nicht viel, was die Herren vorschlagen. Die beste Bekämpfung des Alkoholismus ist, daß man das Volkselend mit der Wurzel ausschneidet, daß man dem Volke bessere Wohn- und Ernährungsverhältnisse schafft, und was ich sonst als Aufgaben auf dem Gebiete der Kommunalpolitik gekehrt habe. Ich befürworte also die Ablehnung des Antrages. Die Sozialdemokratie ist die geborene Vorhut gegen den Alkoholismus; Niemand hat ein größeres Interesse als die Arbeiterklasse, ihn zu bekämpfen. Schauen wir nur um uns: in den Gegenden, wo wir gar keine Erfolge haben, da herrscht der Alkoholismus, es sind die schwarzen und schwarz-weißen Bezirke, wo er zu Hause ist. Da, wo die Arbeiterbewegung Fuß fassen soll, muß erst dieses Uebel überwunden sein, und wir haben daher alles Interesse, ihn zu bekämpfen. Aber wir wollen uns nicht zu Kurpfuschern degradiren und nur dieses Symptom kuriren, wir wollen nicht thun, als ob dieses Symptom losgelöst von allen sozialen Erscheinungen bekämpft werden kann. (Lebhafter Beifall.)

**Kahl-Duisburg:** Meine Erfahrungen in der Agitation in den Industriebezirken Rheinland-Westfalens lassen mich Sie bitten, dem Antrag zuzustimmen. Es steht dort ebenso schlimm wie in Westpreußen. Wir dürfen nicht sagen: der Alkohol ist Privatsache. Nimmt der Parteitag gegen den Alkohol Stellung, dann wird der Alkohol auch von den Arbeitern besser bekämpft werden.

Der Antrag wird abgelehnt.

Es folgt der Antrag, auf die Tagesordnung des nächsten Parteitags die Wohnungsfrage zu setzen. Der Antrag wird von

**König-Bochum** begründet: Wir müssen dafür sorgen, daß der Arbeiter besser und billiger wohnt. Im Kohlengbiet sind tausende fremder Arbeiter eingewandert und in Kolonien untergebracht worden. Dorthin darf kein sozialdemokratisches und gewerkschaftliches Flugblatt gebracht werden. Ein Direktor hat offen erklärt, daß diese Kolonisten als Streikbrecher verwandt werden sollen. In den Kolonien seien sie gegen sozialdemokratischen Terrorismus geschützt.

Der Antrag wird angenommen.



### Es folgt der Bericht der Kommission über das Organisationsstatut.

Berichterstatter ist

**Nuer:** Die ausführliche Diskussion im Plenum hat die Absichten so geklärt, daß wir in der Kommission sofort in die Spezialdiskussion eintreten konnten, die sich in der Hauptsache um die ersten drei Paragraphen des Entwurfs drehte. Die Wünsche, die zu § 1 vorgebracht wurden, sind Ihnen bekannt. In der Kommission drehte es sich hauptsächlich um die Frage, was unter dauernder Unterstützung der Partei durch Geld zu verstehen sei, und wir sind uns dahin schlüssig geworden, daß, wo Partei-Organisationen bestehen, der Beitrag zu dieser Organisation genügt, um die Parteizugehörigkeit zu dokumentieren, wo keine Organisation besteht, ist eine anderweitige finanzielle Unterstützung, wie sie ja jetzt auch eintritt, ein genügendes Erfordernis für die Parteizugehörigkeit. Genau umschriebene, für alle Verhältnisse zutreffende Formen zu finden, ist unmöglich, wir müssen uns auf die Intelligenz der Genossen verlassen. Ich bitte Sie, § 1 in unveränderter Form anzunehmen.

Bei § 2 hat der Absatz 2, der vom Ausschluß handelt, in der Kommission dieselben Angriffe erfahren, wie hier im Plenum. Ich gab die Erklärung ab, daß uns nichts an der Form liegt und daß wir bereit seien, auf den Antrag Wiesbadener einzugehen. Trotzdem wurde in der Kommission derselbe Tadel des Vorstands laut, wie vorgelesen hier — überflüssigerweise, meine ich; aber des Menschen Wille ist kein Himmelreich. Einiges ist in dem Wiesbadener Antrag nicht beibehalten worden. Die Kommission hat sich schließlich auf folgende Fassung geeinigt, die redaktionell noch mangelhaft sein mag; wir hatten keine Zeit, eine Redaktionskommission einzusetzen, um überall die absolut korrekte Form sofort zu finden:

„Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet ein Schiedsgericht, das aus mindestens drei Mitgliedern besteht, und das der Partei-Vorstand beruft. Die Hälfte der Weisiger wird von Denjenigen bezeichnet, welche den Ausschluß beantragen, die andere Hälfte von dem durch diesen Antrag Betroffenen. Den Vorsitzenden bezeichnet der Partei-Vorstand.“

Durch diese Fassung ist wohl allen Wünschen Genüge geschehen. Der Wiesbadener Antrag ist jetzt dahin geändert, daß nicht mehr vorgeschrieben ist, daß das Schiedsgericht nur aus drei Personen bestehen darf. Wir sagen jetzt: aus mindestens drei. Unter Umständen ist es angebracht, mehr zu berufen. Die Möglichkeit dazu ist jetzt vorhanden. Auch dem Bedenken, daß der Vorstand doch nicht überall hinreisen könne, wo ein Konflikt besteht, ist begegnet, indem gesagt ist: Der Vorstand bezeichnet den Vorsitzenden. Er kann entweder eine Person aus seiner Mitte dazu bezeichnen, oder eine andere Person berufen. Die übrigen Bestimmungen des § 2 sind unverändert geblieben. Ich bitte, es dabei zu belassen. In der Kommission ist dieselbe Erscheinung zu Tage getreten, wie in der Fraktion. Die juristischen Mitglieder waren sich darüber einig, daß die Vorstandsbestimmung in § 2, wonach mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei der bisherige Genosse aller früheren Rechte verlustig geht, nothwendig sei. Ich bitte auch Sie, sich mit dieser Bestimmung einverstanden zu erklären.

Bei § 3 kam der Gegensatz zwischen dem Vereins- und dem Vertrauensmänner-system zu Tage. Besonders die Frauen sprachen den Wunsch aus, daß ihre Vertreter mehr als bisher zu den direkten Parteiangelegenheiten herangezogen werden mögen. Wir waren der Ansicht, daß es unmöglich ist, von vornherein bestimmte Normen für die Organisationsform aufzustellen, die Entscheidung darüber muß den Genossen an den einzelnen Orten oder Ländern überlassen bleiben. Die Kommission hat sich deshalb mit großer Mehrheit für die Beibehaltung des § 3 in der Form des ursprünglichen Entwurfs aus-

gesprochen. Bei dieser Gelegenheit haben wir auch die von den Frauen beantragte Resolution 72 angenommen, und ich bin beauftragt, im Namen der Kommission an die Parteigenossen allerorts den Wunsch zu richten und die Delegirten aufzufordern, mit aller ihnen zu Gebote stehenden Kraft dahin zu wirken, daß die Wünsche der Frauen, soweit irgend möglich, erfüllt werden. Das ist einfach ein Gebot der Selbsterhaltung der Partei. Es geht nicht, daß wir im praktischen Leben nicht den Grundsätzen unseres Programms entsprechend handeln. Es ist doch keine Entschuldigung, zu sagen: weiß der Teufel, mit den Weibern ist nicht auszukommen. (Heiterkeit.) Das mag ja zutreffen (Heiterkeit), und manche von uns haben gewiß sehr unangenehme Erfahrungen gemacht, aber die Kommission hat sich gesagt, hier sollen die Männer einmal beweisen, was sie so gern von sich behaupten, daß sie nämlich eine Nuance höher sind wie das andere Geschlecht. (Heiterkeit.) Die Männer sollen hier nachgeben und sich als die Geschiedteren zeigen. Ich bitte Sie also Namens der Kommission, der Resolution entsprechend zu handeln. Die Wünsche der Frauen sind ja im Großen und Ganzen sehr bescheiden, sie wünschen, daß ihre Vertrauenspersonen zu den Vorberatungen und Vorbereitungen im engeren Kreise hinzugezogen werden. Was kann schlimmstenfalls dabei herauskommen, wenn diesem berechtigten Wunsch entsprochen wird? Es werden in den Zusammenkünften ein paar Reden mehr gehalten (Heiterkeit), es werden so viel überflüssige Reden gehalten, daß es auf ein paar mehr oder weniger gewiß nicht ankommt (Heiterkeit), wobei ich nicht sagen will, daß etwa die Reden der Frauen überflüssig sind. Was kann es schaden, wenn den Frauen die Gründe für bestimmte Handlungen auseinandergesetzt werden. (Koenen: Wenn sie sie aber nicht glauben!) Ja, das kommt doch nur auf die Verehrbarkeit an. Ich bin seit Jahren als Jemand versöhren, der mit den Frauen garnicht gut sieht, aber wenn mir mal daran liegt, mich mit ihnen auf guten Fuß zu stellen, dann kriege ich sie alle herum. (Große Heiterkeit.) Also sorgen Sie dafür, daß die berechtigten Beschwerden der Frauen in Zukunft nicht mehr an uns kommen. Die nervöse Erregung unserer Frauen ist ja leider zu erklärlich, wenn man bedenkt, daß trotz Jahre langer aufeinanderberührender Thätigkeit ihre Erfolge nur minimal sind. Ich fürchte, daß auch die nächste Zeit uns noch keine große Frauenbewegung bringen wird. Es ist eine eigenthümliche Erscheinung, daß die Thätigkeit der Frauen unserer hervorragendsten Parteigenossen für die Partei eine sehr geringe ist. Ich kenne Einen, der mir sehr nahe steht (Heiterkeit), der da auch in Betracht kommt. Eine ganze Reihe dieser Frauen sind sehr gute Parteigenossen, aber es fehlt ihnen die Fähigkeit, sich im öffentlichen Leben zu bethätigen, sie sind mit Allem einverstanden, was ihr Mann thut. Auch der Geldpunkt kommt in Betracht. Bei dem geringen Einkommen vieler Arbeiterfamilien spielen die Vereinsbeiträge der Frau neben denen des Mannes doch auch eine Rolle. All das zusammen bewirkt, daß die Frauenbewegung nicht den gewünschten Erfolg hat. Um so mehr sind wir verpflichtet, die Bestrebungen der Frauen zu unterstützen, und deshalb bitte ich Sie, der Resolution zuzustimmen.

Die §§ 4—12 sind ohne jede Veränderung angenommen, Sie werden mir dankbar sein, wenn ich darüber kein Wort mehr sage.

Geändert wurde § 13, der von der Zusammensetzung des Partei-Vorstandes handelt. Die Kommission hat dem Antrag Holz-Verlin entsprochen, daß der Partei-Vorstand in Zukunft aus 7 Personen bestehen soll, und zwar aus zwei Vorsitzenden, zwei Schriftführern, einem Kassierer und zwei Beisitzern. Der Antrag ist aus den hier bereits erörterten Gründen angenommen worden. Ich theile allerdings die Auffassung der Genossin Zeilin nicht, daß es für den jungen Nachwuchs gut ist, sich einzuarbeiten, denn es handelt sich ja immer nur um den Ersatz einzelner Personen, nicht aber des gesammten Vorstandes. Die Continuität im Vorstande bleibt bestehen. Aber wenn es der Partei-



tag für notwendig hält, seine oberste Exekutive um zwei Personen zu vermehren, so brauchen wir darüber nicht erst zu reden. Wir fünf sind ganz gut mit einander ausgekommen, und wir Sieben werden auch ganz gut mit einander auskommen.

Weiter fragte es sich, wie die Weisiger gewählt werden sollen. Die Antragsteller hatten wohl ursprünglich die Absicht, daß ihre Wahl genau so erfolgen soll wie die der übrigen Vorstandsmitglieder. Aber es handelt sich hier nicht um bezahlte Parteibeamte, und deshalb sind wir auf Berlin angewiesen, oder aber wir müssen andere Genossen, die wir für geeignet halten, nach Berlin übersiedeln lassen. Dagegen wurde eingewandt, daß wir damit den prinzipiellen Boden verlassen, den wir bisher in dieser Beziehung innegehalten haben. Bisher haben wir die Vorstandsmitglieder auf dem Parteitag gewählt ohne Rücksicht auf ihr Domizil. Aber bei Dreien von ihnen handelte es sich doch um eine voll bezahlte Tätigkeit, und deshalb konnte man die Personen herholen, woher es gut schien. Es ist ja bekannt, daß 1890 ein Schriftführer aus London, ein Anderer aus München geholt wurde, später holten wir ein Vorstandsmitglied aus Hamburg. Der eine Vorstehende kam aus Cadixen, der Andere war ein alter Berliner, den aber die Polizei eine Zeit lang, weil sie ihn dort nicht leiden wollte, herausgeschmissen hatte. Weiter wurde in der Kommission gesagt, man konstruiere ein Staudrecht für die Berliner; auch wurde eingewandt, daß die betreffenden Personen zu berlinisch empfinden. (Zurufe.) Ja, ich sage nicht, daß das meine Meinung ist, ich muß Ihnen aber doch die Gründe der Kommission mitteilen, und Sie haben die Pflicht, sie anzuhören. Ich bin nur das Sprachrohr, der Automat. (Geisterleit.) Ich referire nur: das Bedenken ist geltend gemacht worden, daß an Stelle der freien Wahl der Gesamtpartei ein Vorortssystem eingeführt wird, wobei der Parteitag sagt: es ist nicht die und die Person, die wir wollen, sondern wir legen in die Parteigenossen des einen Ortes das Vertrauen, daß sie die Richtigen wählen. Es wurde gesagt: der Natur der Sache nach müssen dann die Berliner gefragt werden, wen haltet Ihr für fähig, ein solches Amt zu bekleiden und wer ist von diesen auch in der sozialen Stellung, um zwei, drei Mal in der Woche Nachmittags an einer manchmal plötzlich einberufenen Vorstandssitzung Theil zu nehmen. Aus diesen Gründen wurden Bedenken erhoben gegen den ursprünglichen Vorschlag, die Wahl schon hier zu treffen. Es wurde angeregt, vorübergehend und für das erste Mal der Kontroll-Kommission die Befugnis zu übertragen, die beiden Weisiger zu wählen. Ueber die Vermehrung des Vorstandes um zwei Mitglieder wurde nicht weiter geredet, sie wurde einfach angenommen. Von einer dritten Seite wurde angeregt, die Auswahl von Weisigern der Fraktion zu übertragen, die sie aus ihrer Mitte zu ernennen hätte. Man stützte sich dabei darauf, daß schon jetzt bei jeder größeren Parteifraktion der Vorstand regelmäßig, wenn es nur irgendwie angeht, die Entscheidung der Fraktion, den Vertrauensmännern der Partei, unterbreitet und ihrer Anregung und ihrem Rathe folgt. Wenn also, so wurde gesagt, die Fraktion schon jetzt einen derartigen Einfluß ausübt, dann ist es viel besser, wir verwandeln in geschriebenes Recht, was sich aus dem Gang der Dinge in der Partei bereits als ungeschriebenes Recht entwickelt hat. Dagegen wurden verschiedene Bedenken erhoben. Das Resultat der Abstimmung war, daß die Vermehrung des Vorstandes und die beiden Weisiger beschlossen wurde. Danach heißt es im Statut:

„Die Wahl der Vorstehenden, Schriftführer und des Kassirers erfolgt durch den Parteitag mittelst Stimmzetteln in einem Wahlgang und nach absoluter Mehrheit. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, auf welche die meisten Stimmen gefallen sind. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Loos. Die Wahl der zwei Weisiger erfolgt durch die Kontroll-Kommission.“

Die Mehrheit der Kommission hat es also abgelehnt, die Wahl der Weisiger der Fraktion zu übertragen. Auch der Gedanke, ein Provisorium zu schaffen, wurde abgelehnt. Die Kontroll-Kommission soll dauernd damit betraut werden. Ob diese Lösung glücklich ist, muß ich dahingestellt sein lassen. In Wirklichkeit fassen wir ja unsere Beschlüsse immer nur für ein einziges Geschäftsjahr. Im nächsten Jahre sind wir souverän; wir können eine andere Bestimmung treffen und die jetzigen wieder streichen, wenn sie sich nicht bewährt. In Berücksichtigung dieses Umstandes bitte ich Sie, den Vorschlag der Kommission anzunehmen. Vollgültiges haben wir noch nicht schaffen können; es handelt sich um ein Experiment.

Schließlich ist noch der Antrag Berlin III in einer besseren Form angenommen worden. Folgender Zusatz wurde beschloffen:

„Hierdurch wird das Recht der Delegierten, während der Tagung des Parteitagcs Einsicht in die Bücher zu nehmen, nicht berührt.“

Weitere Änderungen hat die Kommission nicht vorgenommen. Geredet wurde noch über den § 18, die Stellung des „Vorwärts“ und der Durchführung Vorwärts, aber die Anträge wurden abgelehnt.

Noch habe ich Sie zu bitten, den Partei-Vorstand zu ermächtigen, unter Zuziehung des Vorsitzenden der Kommission und vielleicht ihres Schriftführers unsere Beschlüsse formell zu revidieren und als Redaktionskommission zu wirken.

Zum Schluß bitte ich Sie im Namen der Kommission, unsere Beschlüsse en bloc anzunehmen. Das ist kein neuer Vorgang. In Halle haben wir es auch so gemacht. Etwas Besseres ließ sich nicht schaffen, alle Wünsche ließen sich nicht erfüllen. Aber das Notwendige ist geschaffen worden. Im Interesse einer gedeihlichen und raschen Entwicklung unserer Geschäfte bitte ich um en bloc-Aannahme. (Beifall.)

**Vorsitzender Singer:** Eine en bloc-Aannahme ist nur dann zulässig, wenn von keiner Seite Widerspruch erfolgt. Erfolgt Widerspruch?

**Bergmann-Mülheim a. Rh.** erhebt Widerspruch.

**Singer:** Damit ist die en bloc-Aannahme unmöglich geworden. Da mir aber auch an der glatten Erledigung unserer Geschäfte liegt, so frage ich, ob der Widerspruch auch gegen die en bloc-Aannahme der in der Kommission unverändert geliebten Teile des Organisations-Entwurfs gelten sollte.

**Bergmann** erklärt, daß er nur deshalb Widerspruch erhoben habe, weil er das gebundene Mandat habe, gegen den § 1 in der neuen Fassung zu stimmen.

**Singer:** Dann liegt dem Widerspruch nur ein Irrthum zu Grunde, Mit dem Beschluß der en bloc-Aannahme ist nicht der Zwang verbunden, für den Entwurf zu stimmen.

**Bergmann** zieht seinen Widerspruch zurück.

**Singer:** Der en bloc-Aannahme steht jetzt kein Widerspruch mehr entgegen.

Bei der Abstimmung wird die Organisation nach dem Vorschlag der Kommission mit großer Mehrheit en bloc angenommen.

Angenommen wird gleichfalls die dazu gehörige Resolution 72, betreffend Beseitigung der in einer Reihe Einzelstaaten bestehenden Verbote der Theilnahme der Frauen in politischen Vereinen.

Alle übrigen Anträge werden durch diesen Beschluß für erledigt erklärt.

Es folgt der achte Punkt der Tagesordnung: **Die Verkehrs- und**

#### **Handelspolitik.**

Hierzu liegt die Resolution 65 vor, in welcher v. **Vollmar** zwei Streichungen beantragt: erstens im Schlußsatz unter A Ziffer 1 der Worte „durch Uebernahme der Eisenbahnen auf das Reich“ und in Ziffer 3 der Worte „hauptsächlich für den Bau des Mittellandkanals“.